

Das Perpetuum Mobile der CDU

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 31. August 2021

Bekanntlich nimmt kein Patentamt Erfindungen an, welche auf ein perpetuum mobile zielen, also eine Maschine, die ohne Energiezufuhr dennoch endlos läuft. Nun macht das CDU-Präsidium einen neuen Versuch zum Perpetuum Mobile.

Im ZDF-Teletext war am 30.08.2021 nämlich die folgende Kurzmeldung zu lesen

Zitat: „Steigerung auf 100 Prozent: CDU will Erneuerbare Energien“. Mit einem 15-Punkte-Plan will die CDU einen „Turbo“ für Erneuerbare Energien zünden. Das nach dpa-Informationen vom Präsidium beratene Konzept zielt darauf ab, dass Deutschland „so schnell wie möglich“ seinen Strombedarf zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien deckt. Wirtschaft und Privathaushalte bräuchten künftig deutlich mehr Strom als heute. „Dieser Strom muss nachhaltig, regenerativ und aus Erneuerbaren sein – und dieser Strom soll für Verbraucher und Unternehmen günstiger werden als der Strom heute.“ Zitatende

Dunnerlüttchen! Mit „Herausforderung“ wie es so schön in Neudeutsch heißt, ist dieser Plan wirklich nicht mehr zu vergleichen. Er will weit mehr. Die beiden Erneuerbaren Wind und Sonne machten nämlich 2018 gerade einmal 5% der deutschen Primärenergie aus, und sehr viel mehr ist danach nicht passiert. Da ist also noch viel Luft nach oben drin, zurückhaltend ausgedrückt. Ferner sollen Wirtschaft und Privathaushalte künftig deutlich mehr Strom als heute verbrauchen! Schlussendlich soll der Strom aus diesen Magerkühen „Erneuerbaren“ auch noch zu 100% kommen und dies sogar günstiger als heute, obwohl Deutschland jetzt schon die höchsten Strompreise weltweit hat. Das ist kein Perpetuum Mobile mehr, das ist Rastellis Zauberei auf höchstem Niveau – Respekt, Respekt, liebe CDU.

Voller Begeisterung beglückwünschen wir daher Euch CDU und schreiben Eurem Präsidium den folgenden offenen Brief

Liebes CDU Präsidium,

wir beglückwünschen Euch zu dem kühnen „Erneuerbaren-Plan“, der die Erfindung des Perpetuum Mobile noch weit in den Schatten stellt und wünschen Euch allen Erfolg. Ihr habt ja schon längst diese alten demokratischen Zöpfe abgeschnitten, dass Abgeordnete nur ihrem Gewissen verpflichtet sind und habt dafür die Parteilinie eingestzt. Gut so, alte Zöpfe gehören weg. Jetzt geht Ihr sogar den Weg der durchregierenden Einheitspartei zusammen mit Euren neuen Schwesterparteien DDR, rot, grün und gelb, wir gratulieren. Die böse Schwefel-AfD ist ja schon längst ausgebootet, mehr als schmollen ist nicht mehr. Ihr habt also das Klügste getan, um Eure Wählerschaft kräftig zu vergrößern. Nur eine

kleine Bitte wagen wir auszusprechen: Nehmt mit Eurem Perpetuum-Mobile-Erneuerbaren-Konzept vielleicht doch ein wenig Rücksicht auf die vielen Chinesen, die beim Lesen Eures kühnen Plans durch lebensgefährliche Lachanfälle erschüttert werden, so dass, von Euch verantwortet, mit zahlreichen Lach-Opfern in China zu rechnen ist.

Aber halt: War vielleicht doch alles nur ein Wahl-Spaß, weil die Umfragen für die ehemalige erste Volkspartei so mies sind. Tja, hättet Ihr vielleicht doch besser Mutti schon viele Jahre zuvor in den wohlverdienten Ruhestand geschickt. Jetzt habt Ihr den Salat, es ist leider zu spät. Mehr als „wir schaffen das“, bekommt Ihr von Mutti nicht mehr zu hören, wenn überhaupt. Sie selber hat es nämlich wirklich geschafft und zwar Euch zusammen mit ganz Deutschland.

In Südafrika ging das viertgrößte Kohlekraftwerk der Welt in Betrieb

geschrieben von Prof. Dr. Horst-joachim Lüdecke | 31. August 2021

Während Deutschland und die EU auf Klimaneutralität setzt, ist die Kohle in Afrika auf dem Vormarsch. Dort leben rd. 1,2 Mrd. Menschen. Bis 2050 könnten es sogar 2,5 Mrd. Menschen werden. 500 Mio. Afrikaner haben keinen Strom. Und wenn, dann steht er nur gelegentlich zur Verfügung.

Mit Stromabschaltungen (euphemistisch load shedding, Lastenminderung, genannt) bis zu 10 Stunden am Tag versucht der Netzbetreiber Escom immer wieder, einen Netzzusammenbruch zu verhindern. Daher gehen immer wieder die Lichter aus. Auch in den Gold- und Diamantenbergwerken, die das Rückgrat der südafrikanischen Wirtschaft bilden.

Nun ist aber Hoffnung in Sicht. Nach rd. 14 Jahren Bauzeit und mehrfachen Kostenüberschreitungen ist nunmehr eines der viertgrößten Kohlekraftwerke mit 4.764 Megawatt an Leistung ans marode Stromnetz gegangen. Es befindet sich rd. 350 km nördlich von Johannesburg bei Lephalale und ist fast baugleich mit dem 2017 in Betrieb gegangenen Kohlekraftwerk Kusile, 150 km östlich von Johannesburg in der Provinz Limpopo gelegen. Das modernste Kraftwerk der Welt hat rd. 7 Mrd. EUR gekostet. Finanziert wurde Medupi von der KfW IPEX-Bank. Beteiligt ist die KfW mit 81,5 Mio. EUR.

Trotz angeblicher Klimakrise setzt Afrika mit seinen reichlich

vorhandenen unverritzten Kohlevorkommen auf diesen preiswerten Energieträger. Da der Anteil der Kohle am Gesamtenergiemix in Afrika bei 75 % liegt, hat das neue Kraftwerk eine planbare Zukunft. Der Kraftwerksbetreiber ESCOM rechnet mit einer Laufzeit von 50 Jahren. Also viel weiter als der in Deutschland vorausgesagte Kipppunkt des Klimasystems. Von dieser Art von Panikmache haben sich die Afrikaner angesichts des enormen Energie- und Lebensmittelhungers u.a. aufgrund der seit Jahrzehnten bestehenden Korruption und Vetternwirtschaft bisher nicht sonderlich beeindruckt lassen.

Daher planen Sie den Bau von weiteren 20 Kraftwerken im Südosten des Landes mit einer Gesamtleistung von mehr als 47 Giga-watt, um die Konjunktur endlich anzukurbeln. Zum Vergleich: mit Stand vom März 2021 waren in Deutschland gerade einmal 38 Gigawatt installierter Leistung aus Braun- und Steinkohlekraftwerken am Netz. Ägypten will ebenfalls neue Kohekraftwerke mit einer Leistung von 12,6 Gigawatt bauen.

Das ist auch bitter notwendig. Denn nach Angaben des ESCOM-Vorstands Andre de Ruyter sind die Kraftwerksanlagen und Spannungsumwandler in Südafrika zum Teil mehr als 45 Jahre alt. In den kommenden Jahren würden immer noch rd. 4000 Megawatt an elektrischer Leistung fehlen. Das entspricht einem Bedarf von etwa zehn Mio. Haushalten, so ESCOM-Betriebsleiter Jan Oberholzer. Zur Überbrückung sollen daher Flüssiggas-Generatorschiffe vor den Häfen von Kapstadt auf Port Elizabeth und Durban für 20 Jahre verankert werden. Die Kosten dafür werden auf gut 12 Mrd. EUR geschätzt. Vom Bau neuer Windkraftanlagen ist dagegen nicht die Rede.

Mit der Bereitstellung von preiswerter Kohleenergie in Afrika ist die UN und die EU, wie zu erwarten war, nicht einverstanden. Der Grund: eine größere Unabhängigkeit Afrikas würde den Wohlstand in Europa u.U. gefährden. Also will die UN-Klimakonferenz im britischen Glasgow Anfang November 2021 sicherstellen, dass die Industriestaaten mindestens 100 Mrd. US-Dollar Afrika und anderen Entwicklungsländern bereitstellen, um dort ein angeblich klimafreundlicheres Energiesystem aufzubauen. Selbstverständlich unter der Prämisse, mit diesem Geld nur das Klima retten zu wollen. Bisher wurden 78,9 Mrd. US-Dollars überwiesen. Offen bleibt dabei, wie ein Land in Armut ohne CO₂-Produktion in den nächsten Jahren Wirtschaftswachstum erreichen soll.

Oder soll es weiterhin bei der bewährten Abhängigkeit bleiben? Die Klimakrise halten wir für ein vorgeschobenes Argument, um diese gewollte Abhängigkeit besser zu kaschieren. Wie das deutsche Beispiel zeigt, ist die Produktion regenerativer Energie viermal so teuer wie die Bereitstellung von Energie aus Kohle, von den enormen Problemen der Leistungsfluktuation von Wind und Sonne ganz zu schweigen. Und in Afrika dürfte die Produktion aufgrund der niedrigen Löhne um ein vielfaches preiswerter sein. Aber das will man nur hinter vorgehaltener Hand zur Kenntnis nehmen. Lieber spielt man sich als Retter in der Not auf. Wir sagen daher was es ist: ein unehrliches Spiel, bei dem der Verlierer

weiterhin der Gleiche bleiben wird.

Südafrikas Jugend hat jetzt eine Zukunft – dank der Kohle, weil

die Kohle nicht nur ein Garant für preiswerte und zuverlässige Energieerzeugung ist, sondern auch für Beschäftigung und zunehmenden Wohlstand in Afrika sorgt. Das war im Ruhrgebiet und in England zu Beginn der Industrialisierung um 1850 genauso. Überhaupt ist Afrika reich an Bodenschätzen wie Metallen, Aluminium, Kobalt und Kupfer. Die Batteriehersteller freut es. Die Umwelt allerdings weniger.

Quellenhinweise

Deutschlandfunk vom 02.08.2021; Tagesspiegel vom 02.08.2021; Welt vom 02.08. 2021; ARD-Tagesschau vom 05.04.2021 (Flüssiggas-Generatorschiffe in Kapstadt); ZPP-Ingenieure.de vom 04.08.2021; Handelsblatt vom 20.12.2019; ORF.at vom 02.08.2021; kfw-ipex-bank.de, Pressemitteilung vom 22.05.2009 sowie RK-Redaktion vom 11.08.2021

EIKE dankt der Revierkohle (RK) für die freundliche Genehmigung, diesen Beitrag, der zuerst in den Energienachrichten der RK, Augustausgabe 2021 erschien, nun auch in den EIKE-News zu veröffentlichen.

Zum Schluss eine heute leider notwendige Erklärung

Von interessierten Ideologen und Medien wird oft behauptet, EIKE sei AfD-nah. Im EIKE-**Grundsatzpapier** ist dagegen unmissverständlich unter **Ziele** und **Verpflichtungen** nachzulesen: *„...als öffentliches Forum die Klima- und Energiefakten ideologiefrei darzustellen“ / „EIKE ist unabhängig und wirkt nur in eigenem Auftrag“ / „EIKE ist naturwissenschaftlich orientiert“ / „EIKE sieht sich dem Naturschutz und dem sparsamen Umgang mit Ressourcen verpflichtet“*. EIKE gehört somit keiner Lobby an, weder der Kohle-, Erdöl, Gas-, Kernenergie, Windrad-, Photovoltaik- oder sonst einer Lobby. Decken sich irgendwelche Parteiprogramme mit **fachlich begründeten** EIKE-Ergebnissen aus Klima und Energie, begrüßt EIKE selbstverständlich diese **fachliche** Nähe. In solchen Fällen schlechthin politische Übereinstimmung zu suggerieren ist falsch und perfide. Meinungsunterdrückung hat in unserer Demokratie nichts zu suchen.

Uni-Klima: Wie in der DDR, nur mit Bananen

geschrieben von Prof. Dr. Horst-jochim Lüdecke | 31. August 2021

von Prof. Dr. Walter Krämer
Fakultät für Statistik
Technische Universität Dortmund

Ein befreundeter Ex-Professor einer ostdeutschen Universität schreibt mir: „In der vergangenen Woche traf ich einige meiner alten Bekannten. Mehrfach hörte ich den Satz: ‚Jetzt haben wir wieder die DDR, nur mit Bananen‘ ...“

Wie war das intellektuelle Klima an den Hochschulen der DDR? Für einen ersten Eindruck empfehle ich mal, bei einer Sitzung einer Berufungskommission gewisser geisteswissenschaftlicher Fakultäten Mäuschen zu spielen. Da sind die Deja-vu-Erlebnisse am stärksten. Aber auch in anderen Fächern wird es zusehends opportuner, die eigene Meinung zu verbergen, sich an ein ideologisch gesteuertes Meinungsklima anzupassen und bei Maßnahmen mitzumachen, die man zwar missbilligt, gegen die man sich aber nicht zu protestieren traut.

Vergleichbar einem multimorbiden Patienten sind die deutschen Universitäten dabei mehreren Treibern des aktuellen Siechtums ausgesetzt. Einer ist die bedingungslose Unterwerfung unter das Bologna-Diktat der Wissenschaftsministerien. Damit wurde den deutschen Universitäten sozusagen das Rückgrat gebrochen. Wie kann man nur eine weltweit anerkannte, Milliarden Euro teure Marke wie den deutschen Diplomingenieur gegen billige US-amerikanische Mickey-Maus-Grade wie Bachelor und Master tauschen, von den sonstigen studentenfeindlichen Umstrukturierungen völlig abgesehen?

Die Ingenieur fakultäten schäumten, aber hielten ihren Mund oder protestierten – von einigen Ausnahmen wie immer abgesehen – nur verbal. An meiner eigenen Fakultät, der einzigen für Statistik im ganzen deutschen Sprachgebiet, hatten wir einen extrem erfolgreichen Studiengang etabliert, Arbeitslosenquote 0,0 Prozent, der wurde durch einen simplen Ministererlass einfach ausradiert. Außer dass der Schreiber dieser Zeilen vor laufender WDR-Kamera ein Bachelor-Zeugnis verbrannte, blieb der Protest dagegen eher moderat.

Argumente pauschal als „wenig hilfreich“ abtun

Dann kam die Bundeskanzlerin und klassifizierte eine durchaus diskussionswürdige These des damaligen Bundesbankvorstands Thilo Sarrazin zur deutschen Bevölkerungspolitik als „wenig hilfreich“, nur um im gleichen Atemzug zuzugeben, sie hätte das Buch noch nicht gelesen.

Damit wurde allen Ideologen quasi ein Freibrief ausgestellt, missliebige Meinungen auch ohne ein Eingehen auf Argumente pauschal als „wenig hilfreich“ einfach abzutun. Was dann auch in großem Maßstab geschah. Gibt es irgendeine deutsche Universität, wo seitdem nicht missliebige Referenten auf Betreiben wichtiger akademischer Leistungsträger wie des Allgemeinen Studentenausschusses oder der Gleichstellungsbeauftragten wieder ausgeladen, Gastvorträge abgesagt oder Vorlesungen störungshalber abgebrochen wurden? Nicht wegen Mängeln in der wissenschaftlichen Substanz, sondern weil gewissen Ideologen etwas an den Thesen nicht gefiel. Eben nicht hilfreich.

Wie die Dominosteine fielen die für akademische Standards verantwortlichen Universitätsverwaltungen und Rektorate dabei reihenweise um. Noch Anfang der 1970er führte die wiederholte Störung einer Vorlesung des liberalen Marktwirtschaftlers Wolfram Engels an der Uni Frankfurt dazu, dass alle Professoren der Wirtschaftsfakultät mit Rückendeckung des Rektorats für zwei Wochen ihre Vorlesungen einstellten. Dann war Ruhe; hätte nochmals ein Randalierer die Engels-Vorlesungen gestört, wäre er von der großen Mehrheit der lernwilligen Studenten windelweich geprügelt worden.

Heute dagegen knickt das Rektorat der Uni Hamburg rückgratlos vor einer kleinen Gruppe gewaltbereiter Chaoten ein, die den Euro-Kritiker Bernd Lucke an seinen Vorlesungen zu hindern suchen. Statt sie einfach aus der Uni rauszuwerfen, wie es sich für Gegner des freien Meinungs-austausches gehört, wurde mit ihnen wie von gleich zu gleich verhandelt und wachsw weich nach Kompromissen gesucht. „Nachdem ich 90 Minuten lang als Nazi-Schwein beschimpft worden (bin) und jeder Versuch, zu Wort zu kommen, niedergebrüllt wurde,“ schreibt mir Bernd Lucke, „veröffentlichten der Präsident und die Senatorin eine Pressemitteilung, in der es hieß, dass Universitäten ‚diskursive Auseinandersetzungen‘ über kontroverse Standpunkte aushalten müssten. Der Präsident hat es auch abgelehnt, nach dem Vorfall, was nur er hätte tun können, Anzeige wegen Hausfriedensbruchs zu stellen.“

Respekt vor der freien Rede erwarten

Und so blühen allenthalben in der deutschen Hochschullandschaft „diskursive Auseinandersetzungen“ aller Art, ungestört von feigen Rektoraten, die das Wort Zivilcourage noch nichtmal aus dem Lexikon zu kennen scheinen. Wo bleibt die deutsche Universität, die so handelt wie die University of Chicago in den USA (an die keine einzige deutsche Universität hinsichtlich Qualität der Forschung und Lehre auch nur entfernt heranreicht), die potenzielle Studienanfänger in einem Rundbrief wissen lässt, dass sie von allen Universitätsmitgliedern den Respekt vor der freien Rede und Toleranz gegenüber Andersdenkenden erwartet und allen Studierwilligen, die eine Karriere als Betroffenheitskasper anstreben, dringend empfiehlt, eine andere Lehranstalt zu suchen?

Hierzulande werden Hochschulangehörige, die sich bei jeder ihnen nicht passenden Meinungsäußerung persönlich beleidigt fühlen, fast schon hofiert. „Im Herbst 2017 habe ich eine Ringvorlesung organisiert und einen Referenten eingeladen, der zum Thema Freiheit und Selbstbestimmung im Islam gesprochen hat“, sagt die Integrationsforscherin Sandra Kostner, die Gründerin des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit, in einem Interview auf der Netzplattform Faust Kultur.

„Und er hat an einer Stelle natürlich auch über das Kopftuch gesprochen. Er sprach dann erst mal darüber, wie sich das mit dem Kopftuch entwickelt hat, von der Zeit vor Mohammed, während der Zeit Mohammeds und eben bis heute und sagte dann noch drei Sätze, und ein Satz hat sich relativ gut eingebrannt: Wenn eine erwachsene Frau freiwillig das Kopftuch trägt, muss man das natürlich akzeptieren. Sie soll sich aber dann immer bewusst sein, dass sie damit auch das Patriarchat auf der Schulter trägt. Und er finde das bei Lehrerinnen aufgrund der staatlichen Neutralität nicht akzeptabel. Daraufhin stand eine Kopftuch tragende Studentin auf und verließ aus Protest den Raum. Es war natürlich ihr Recht, aber nicht besonders reif, und es war schade. Sie kam vier Wochen später zu mir. Ich kannte sie bis dahin gar nicht. Es war eine hochschulöffentliche Veranstaltung. Sie teilte mir mit, dass sie Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen den Referenten gestellt hätte.“

Vermutlich ist die Sache dann im Sand verlaufen. Aber wie kann man überhaupt nur auf diese Idee verfallen? Ich selbst hatte einmal an meinem schwarzen Brett an der TU Dortmund eine Aussage des Kollegen Olaf Henkel zum Thema Islam und Demokratie plakatiert: „Kein einziges der 52 islamisch regierten Länder dieser Welt ist eine Demokratie. Zufall?“ An diesem Beispiel wird auch jedem Laien sofort – wie vom Aushänger dieses Spruches intendiert – das Prinzip eines statistischen Signifikanztests klar. Natürlich haben muslimische Studenten die Entfernung dieses Zitats verlangt. Krämer ignoriert das, aber die Unileitung nicht – mit dem Vorwand, das schwarze Brett im Flur behindere die Feuerwehr, wurde dieses in eine dunkle Ecke verbannt. Da hängt der Aushang immer noch, aber keiner liest ihn mehr.

Angst vor den Kettenhunden des korrekten Denkens

In einem weiteren Aushang hatte ich den inzwischen verstorbenen Linkskomiker und Liebhaber kubanischer Zigarren Wiglaf Droste mit dem Hitler-Spruch zitiert: „Der Nationalsozialismus hätte in Deutschland niemals siegen können, hätte ich nicht das Rauchen aufgegeben.“ Bekanntlich waren Churchill, Stalin und Roosevelt lebenslange Kettenraucher. Gedacht war dieser Spruch als Appell zum Nachdenken, was die Wahrheit einer Aussage mit dem Menschen zu tun hat, der diese Aussage tätigt. Immerhin ist ein ja guter Teil der gesundheitspolitischen Positionen der Grünen von den Nazis abgeschrieben. Kam aber leider nicht so an. Und natürlich ging die linke Presse sofort auf die Beschwerden der Studenten ein.

„Menschenverachtung“ war noch das mindeste, was ich mir zu meinem Aushang anhören musste.

In einem gut funktionierenden Hochschulsystem würden dergleichen Beschwerdeführer umgehend zu einem Besuch bei einem Psychiater ihres Vertrauens eingeladen. Aber das deutsche System funktioniert eben nicht gut. Auch die Spitzenorganisation der deutschen Wissenschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, liefert hier ein schlechtes Bild. Allein weil einige aufgeregte Ideologen dagegen protestieren, wird ein Video des bekannten Kabarettisten Dieter Nuhr von der DFG-Netzseite entfernt. An der Peinlichkeit dieses Verhaltens ändert auch die auf Druck empörter Wissenschaftler (ja, die gibt es noch) erfolgte Wiederaufnahme des Videos nicht viel.

Das ist aber nur der sichtbare Teil der intellektuellen Repression. Wie viele Vorträge werden überhaupt nicht erst angekündigt, wie viele wissenschaftliche Arbeiten, wie viele Bücher nicht geschrieben, wie viele Fragen überhaupt nicht erst gestellt, weil man Angst vor den Kettenhunden des korrekten Denkens hat? Ein Kollege von mir hatte keine Angst und verglich einmal die Intelligenz von Zuwanderern mit der von Eingesessenen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Die Daten wurden sorgfältig erhoben und auch nicht ansatzweise mit Bedacht so ausgesucht, dass am Schluss ein vorab festgelegtes Ergebnis herauskommt, der benutzte Test ist Standard in vergleichbaren Fragestellungen und gilt zumindest als diskussionswürdiger Versuch zur kulturunabhängigen Quantifizierung des notorisch schlüpfrigen Begriffs der Intelligenz. Das Ergebnis: Migranten sind im Durchschnitt weniger intelligent.

Es folgte der voraussehbare Pawlowsche Reflex, inklusive wüster persönlicher Beschimpfungen, einer gut vernetzten, faktenresistenten Ideologienfront. Aber wenn es denn so ist, wie diese Studie in Bestätigung einer Reihe anderer konstatiert, dass die Migration nach Deutschland gewisse Intelligenzindikatoren im Durchschnitt eher senkt statt hebt, dann ist es eben so. In Kanada dagegen, wo man schon lange eine aktive Migrationspolitik betreibt, sind die Migranten und deren Kinder im Durchschnitt klüger als die Einheimischen (gemessen an diversen Tests), sie drücken den Durchschnitt nach oben. In Deutschland drücken Migranten den Durchschnitt nach unten.

Wären die Ergebnisse der Studie andere gewesen, hätte man sie sicher in den aktuellen Kritikerkreisen hoch gelobt. Zum Glück hatte der Autor schon eine akademische Dauerstelle. Sonst hätte er in Deutschland nie eine bekommen.

Mediengestützte Unterdrückung missliebiger Meinungen

Die dritte Zutat der grassierenden intellektuellen Partillähmung des deutschen Universitätssystems ist der Würgegriff gewisser Medien. Auch in anderen Ländern sind diese vor allem an Sensationen und Dramatik interessiert. Das liegt in der Natur der Sache und soll überhaupt kein

Vorwurf sein. Auch dass Unileitungen und die Vergeber von Fördermitteln zusehends darauf achten, dass die in ihrem Einflussbereich stattfindende oder von ihnen finanzierte Forschung eine gute Presse hat, ist ein – leider – internationales Phänomen. Aber fast nur in Deutschland werden die Dramen und Sensationen sorgfältig nach gewissen Kriterien vorsortiert (von offen totalitären Systemen wie Russland oder Nordkorea natürlich abgesehen) und haben viele Medien einen derart ideologisch vorgeprägten Drall.

Da aber auch Wissenschaftler das stramm linksgestrickte Denkmuster in deutschen Journalistenköpfen kennen, wird man sich hüten, mit irgendetwas in die öffentliche Diskussion zu treten, was dort zu Kommentaren wie „rechts“ oder sogar „Nazi“ führen könnte. Der Schreiber dieser Zeilen kann sich das erlauben, er bewirbt sich nicht mehr auf Professuren und hat bereits genug Preise und Auszeichnungen erhalten, aber ein Wissenschaftler am Anfang einer Laufbahn eben nicht. Die Ethnologin Susanne Schröter von der Frankfurter Goethe-Universität hatte einmal eine Konferenz zum islamischen Kopftuch veranstaltet, mit Befürwortern wie Gegnern. Danach ist es nach ihren eigenen Angaben für sie erheblich schwieriger geworden, an Drittmittel heranzukommen. Sie hätte halt nur Befürworter einladen dürfen ...

Da kann man nur hoffen, dass solche Beschimpfungen wegen ihres inflationären Vorkommens nicht mehr wahrgenommen oder bei noch selbst denkenden Zeitgenossen sogar als Kompliment gewertet werden.

Selbst in vielen naturwissenschaftlichen Fakultäten hat diese mediengestützte Unterdrückung missliebiger Meinungen und Fakten inzwischen beängstigende Formen angenommen. So müssen sich etwa Biologen heute öffentliche Anfeindungen gefallen lassen, wenn sie sich erlauben, die wissenschaftlich bestens fundierte These zu vertreten, dass es eben zwei Geschlechter gibt: XX und XY. Dass es daneben, wenn auch sehr selten, intersexuelle Menschen gibt, ist so normal wie dass es weiße Kaninchen mit blauen Augen gibt. Aber das darf man an vielen Deutschen Universitäten nicht mehr sagen, sonst ist man ein Rechter oder ein Rassist. „Auf diese Art und Weise wird das Forschungsklima an den Universitäten vergiftet. In den betroffenen Fachbereichen haben dann Studierende, aber auch Wissenschaftler, Angst, ihre Meinungen frei zu äußern, weil sie denken, es kann gefährlich für ihre Karriere sein,“ sagt Sandra Kostner.

Abgrundtiefe Feigheit

Ihre wahre Wiederauferstehung erlebt die Stasi-Kultur an deutschen Universitäten aber mit der reihenweisen Verabschiedung von Vorschriften, welcher Ausdrucksweise man sich im Verkehr mit anderen Forschern zu bedienen habe. Ich spreche natürlich von den teils aberwitzigen Verrenkungen der deutschen Sprache, die Akademikern heute zugemutet werden, um die verbale Gleichbehandlung aller Geschlechter zu garantieren. Aus Angst vor schlechter Presse stimmt dann auch ein

ausgewiesener Wirtschafts- oder Physikprofessor im erweiterten Senat seiner Universität mit „ja“, wenn ein politisch korrekt erzogener Antragsteller fordert, alle Hochschullehrer der Universität in deren Grundordnung mit „Professorin“ anzureden.

Dass das generische Maskulinum für ihn ein Fremdwort ist, dass er nicht weiß, dass selbst die notorische Seenotrettungsfrau Carola Rackete großen Wert darauf legt, ein Kapitän zu sein, das alles kann man noch verzeihen. Aber nicht zu verzeihen ist die abgrundtiefe Feigheit, die sich darin offenbart. Und so kommt es dann, dass die deutsche Sprache an deutschen Universitäten zu einem hirnlosen Gestammel verkommt, das man auch noch gut finden muss. Wer sich heute auf einen Lehrstuhl bewirbt oder auch nur vermeiden will, von der kleinen, aber tonangebenden Genderlobby seiner Fakultät gemobbt zu werden, tut gut daran, einen tiefen Knicks vor dem Gesslerhut dieses politisch korrekten Gesinnungssprechers zu tun: „In der vergangenen Woche war ich in x und traf einige meiner alten Bekannten“, schreibt mir ein befreundeter Ex-Professor einer ostdeutschen Universität. „Mehrfach hörte ich den Satz: ‚Jetzt haben wir wieder die DDR, nur mit Bananen‘ ...“

Eine fast schon zirkusreife Gendernummer hat sich die Fernuni Hagen mit einem öffentlich zugänglichen Video gegönnt:

Ab der Stelle 8:35 heißt es dort: „Haltet endlich eure weißen Münder und lasst uns die Agenda setzen.“ Diese bemerkenswerte Aussage hat sich ein Bekannter von mir im Akademischen Senat zu zitieren erlaubt („Reaktion: betretenes, sekundenlanges Stillschweigen des ganzen Senatssaales“). Als er dann das Rektorat um eine Erklärung bat, was das mit „Diversität“ zu tun hätte, wenn die Ausübung akademischer Rechte an die Hautfarbe geknüpft werden soll, erfolgte ein „peinliches Herumeiern“ nach dem Motto „nicht rassistisch gemeint“.

Eine ganze Kulturnation zum Affen machen

Das gleiche Rektorat hätte vermutlich geschäumt, hätte der Pächter der Unimensa ein Zigeunerschnitzel angeboten. Ein absoluter Karrierekiller ist deshalb auch die Unterstützung eines Aufrufs gegen Exzesse der Gendersprache, wie ich ihn vor einigen Monaten als Reaktion auf die Abschaffung des generischen Maskulinums durch die Dudenredaktion initiiert hatte. Ein mir bekannter Nachwuchswissenschaftler aus einer geisteswissenschaftlichen Fakultät hatte trotzdem unterschrieben, worauf ihm bedeutet wurde, dass es nun wohl mit seiner Verbeamtung nichts mehr werden würde.

Daran erkennt man am besten ein verrottetes akademisches System: Dass zu selbstverständlichen Dingen wie der öffentlichen Unterstützung eines seriösen Aufrufs so etwas wie Mut gehört. Zusammen mit 40 Kollegen habe ich kürzlich mit einem Video die Künstleraktion *#allesdichtmachen* unterstützt. „Gerade sah ich Ihr mutiges Statement auf youtube, bravo!“ schreibt mir ein Kollege (was den Mut betreffend nicht zutrifft, mir

kann keiner mehr was wollen), zugleich um Nachsicht bittend, dass er es mir nicht gleichtue. „Es ist nicht opportun, das als noch aktiver Kollege zu sagen.“ – „Ich bewundere Ihre Standhaftigkeit in puncto deutsche Sprache, aber auch anderen politischen Themen und würde es Ihnen sehr gerne gleichtun“, schreibt mir ein anderer. „Ich selber strebe eine Professur im Fach x an und selbst hier, im wahrscheinlich am wenigsten politisch aufgeladenen Fach, würde eine öffentlich geäußerte ‚abweichende‘ Meinung zu den üblichen Themen mit großer Sicherheit zum Ende der wissenschaftlichen Karriere führen (zumindest in Deutschland). Ich sehe für mich deshalb leider momentan keinen anderen Weg, als bis zur Verbeamtung die Faust in der Tasche zu machen.“

So ballen tausende deutscher Hochschullehrer ihre Faust nur im Geheimen, so dass niemand sie als Ideologieschädling erkennt. Es werden auch täglich mehr, aber zugrundegehen werden die aktuellen Stasistrukturen an deutschen Universitäten vermutlich nicht an aktivem Widerstand, sondern so wie die DDR an der intrinsischen Idiotie ihrer eigenen Konstruktion. Die Widersprüche, Inkonsistenzen und Effizienzverluste der Gedankenkontrolle übersteigen irgendwann die Deutungsmacht der Kontrolleure. Wenn eines Tages der letzte Hausmeister sich weigert, auf allen Gängen des Instituts zum dritten Mal im Jahr die Klotürschilder auszuwechseln, fällt das Kartenhaus der Neue-Welt-Konstrukteure zusammen. Wäre das nicht ein passendes Dissertationsthema in Kulturanthropologie im Jahr 2221, zweihundert Jahre weg von hier, wenn man über die aktuellen Verirrungen vielleicht nur noch lachen wird (auch wenn deren Aufarbeitung mehrere Jahre Sozialprodukt gekostet hat): „Untersuchen Sie, wie eine kleine Clique aus durchgeknallten Feministen, germanistischen 40-Watt-Leuchten und ideologisch verblendeten Menschheitsrettern eine ganze Kulturnation zum Affen machen kann.“

Die EIKE-Redaktion dankt Herrn Prof. Krämer für die freundliche Genehmigung des ungekürzten und unveränderten Abdrucks seines Aufsatzes in EIKE. Er erschien zuerst in Achgut am 12 August 2021.

Wahnsinn „Energiewende“, was uns Verbrauchern blüht

geschrieben von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke | 31. August 2021

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke

Ostdeutsche älterer Jahrgänge erinnern sich noch an die staatliche Planungskommission **SPK** der DDR. Zu dieser Institution schreibt Wikipedia (hier): „Die Staatliche Plankommission war ein zentrales staatliches Organ des Ministerrates der DDR für die gesamtstaatliche Planung und

Entwicklung der Volkswirtschaft und für die Kontrolle der Durchführung der Planaufgaben. Sie war in der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR zuständig für die Koordinierung, Ausarbeitung und Kontrolle der mittelfristigen Perspektivpläne (Fünfjahrplan) und der daraus abgeleiteten jährlichen Volkswirtschaftspläne“.

Liebe Leserin und lieber Leser, Sie werden nun sicher denken, die SPK des ehemaligen deutschen DDR-Kommunismus sei Geschichte. Falls Sie sich in solchen Illusionen wiegen, sollten Sie besser weiterlesen, auch wenn es Ihnen vermutlich nicht gefallen wird.

Was geht also vor in unserem Land? Das Abschalten gesicherter Kraftwerksleistung aus Kohle und Uran geht ohne Besinnung der aktuellen deutschen Politik konsequent weiter. Infolge der stetig zunehmenden fluktuierenden Energien aus Wind und Sonne und des gleichzeitig gesetzlich erzwungenen Verschwindens von Kohle- und Kernkraftwerken werden netzstabilisierende Maßnahmen der Übertragungsnetz-Betreiber immer mehr zur Überlebenspflicht. Der Gesetzgeber hat sie dazu im Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet (hier, hier). Im Sinne dieser Verpflichtung führt die Bundesnetzagentur für unterschiedliche Zeiträume jährlich Systemanalysen durch. Damit soll geklärt werden, ob zusätzliche Kraftwerkskapazitäten notwendig sind, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsmarktes aufrecht zu erhalten. Klingt zwar etwas unlogisch, wenn Kraftwerke gleichzeitig stillgelegt werden, aber SPK sind nun einmal nicht logisch.

Stillegung von versorgungssicheren Grundlastkraftwerken auf der einen sowie erzwungene Stromeinspeisung aus fluktuierenden und zudem unwirtschaftlichen Windmühlen und Photovoltaikanlagen auf der anderen Seite sind das absolute Gegenteil, um marktgerecht, kostengünstig und versorgungssicher Industrie und die private Verbraucher mit Strom versorgen zu können. Betrachten wir zuerst das Wichtigste, die Kosten! Die Kosten der Übertragungsnetz-Betreiber für die Vergütung der Kraftwerksbetreiber bei Kraftwerksstillegungen können nach entsprechender Bestimmung der Bundesnetzagentur als „verfahrensregulierte Kosten“ über die Netzentgelte auf die **Kunden** abgewälzt werden.

Dabei wird unterschieden, ob sich die zur Stillegung vorgesehenen Kraftwerke im Inland befinden („inländische Netzreserve“) oder ob es sich um ausländische, frei am Markt agierende Kraftwerke handelt. Letztere bekommen Marktpreise erstattet, erstere dagegen ihre Opportunitätskosten, zu deren Ermittlung die Bundesnetzagentur Hinweise veröffentlicht hat (hier). Wie bei allen kommunistischen Monstern bedarf es viel Geduld und einer gewissen juristischen Neigung, um die erwähnten Quellen lesend ohne Probleme verdauen zu können.

Die SPK unserer Energiewende erinnert zudem an die sogenannten „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten“, welche den „Hoflieferanten“ der öffentlichen Hand (Beispiel Rüstungsindustrie)

gemäß guter Tradition ein sorgenfreies und auskömmliches Erwerbsleben garantieren. Monopole nennt man so etwas und verortet es gewöhnlich im Kapitalismus. Hier bei der „Energiewende“ gehört es umgekehrt zum Kommunismus. Um dem Leser die technischen Raffinessen und Details des Monopols zu ersparen, seien im Folgenden nur die wichtigsten Schritte und Stufen veranschaulicht, die sich zwangsweise aus der aktuellen Energiewende-SPK der Bundesrepublik ergeben:

1. Zuerst streichen die Kraftwerksbetreiber für Kraftwerksstillegung eine Entschädigung ein, schließlich geht es um „Klimaschutz“. Böse Zungen sagen dazu trocken, es sei in Wirklichkeit Betreiberschutz vor dem rauen Wind des Wettbewerbs.
2. Durch Kapazitätsverknappung von Strom infolge Stilllegungen werden auskömmliche Marktpreise für die noch übrigen Kraftwerke garantiert.
3. Das geht aber technisch nicht endlos so weiter, wenn bei bedecktem Himmel und Windstille keine Vollversorgung mehr möglich ist. Man läßt in diesen Fällen das eigentlich „stillgelegte“ Kraftwerk von der Bundesnetzagentur und vom Übertragungsnetz-Betreiber gemäß § 13b ff. EnWG für systemrelevant erklären und darf jetzt nochmals kassieren. Dies sogar zu „Selbstkostenpreisen“, die der freie Markt nicht hergibt. Das ist fast so schön wie bei den fluktuierenden EEG-Anlagen. Dort sind es nicht „Selbstkostenpreise“ sondern, etwas offener ausgedrückt, „Gewinnzuschläge“.
4. Das Spiel kann durch den Zubau von immer mehr Windmühlen und Photovoltaik beliebig fortgesetzt werden, zumindest solange, wie noch fossile Kraftwerke existieren. Durch fortwährenden Zubau von Wind- und Sonnenstrom entstehen neue rechnerische Erzeugungsüberhänge von (unbrauchbarem) Flatterstrom, dann setzt folgerichtig die nächste Stilllegungsrunde von Kohle- und Kernkraftwerken ein und so fort.

Das Ganze ist letztlich ein Kartell aus Politik und Unternehmen zur **Ausbeutung der Verbraucher**. Die früheren Anhänger des staatmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) würden das heute wohl als Klimaschutz und Energiewende bezeichnen, mit Sicherheit bezeichnet aber die Lobby der Energiewendeprofiteure ihr „rent-seeking-paradise“ so und insbesondere der profitierende „Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft“, kurz BDEW. Der Wirtschaftsdienst, eine Zeitung für die Wirtschaftspolitik, spricht allerdings etwas nüchterner von **„Realitätsillusion der deutschen Klimapolitik“** in seiner Ausgabe 100. Jahrgang, 2020, Heft 9, S. 701-706 (hier). Der Bundesrechnungshof stellt fest, das jetzige Energiepreissystem trage mit seinen Entgelten, Steuern, Abgaben und Umlagen absehbar zu immer **höheren Strompreisen** bei (hier).

Nach Schilderung all dieser volks- und unternehmenswirtschaftlichen Schräglagen und politischen Dummheiten kann nun aber wenigstens der um Leben und Gesundheit besorgte Verbraucher aufatmen. Der fürchtet nämlich angesichts immer mehr Flatterstroms aus Erneuerbaren zu Recht einen langanhaltenden Blackout. Unser grün-roter Nanny-Staat, unterstützt von

den Brüsseler EU-Kommunisten, sorgt aber bereits gründlich gegen diese reale Gefahr vor: Gesetzliche Grundlagen sind bereits vorhanden oder werden weiter verschärft werden, die jedem Haushalt den Einbau eines sog. smart meters zwingend vorschreiben. Diese Dinger melden in regelmäßigen Zeitabständen (alle Viertelstunde beispielsweise) den Stromverbrauch des betreffenden Haushalts oder Industrieunternehmens an die Übertragungsnetz-Betreiber oder eine andere entsprechende Behörde. Aber wozu soll das gut sein?

Ganz einfach liebe Leserin und lieber Leser. Gibt es in kalten Wintern mit Flaute, bedecktem Himmel und vielleicht -25 °C Kälte zu wenig Strom, wird einfach der Stromverbrauch von Industrie und Ihres Haushalts gedrosselt. Sie dürfen dann die ihre Wäsche allenfalls noch nachts um 3 Uhr in der Waschmaschine laufen lassen. Ihre Elektroheizung ist dann auch nicht mehr fit, und es wird kalt im Haus. Aber bitteschön, so etwas fürchten nur Warmduscher, und zu denen wollen Sie doch nicht gehören! Polen braucht schließlich, bei noch mehr Kälte als bei uns, seinen eigenen Kohlestrom und unsere französischen Nachbarn ihren Strom aus Kernenergie (nebenbei: bitte nicht Atomenergie, das ist Energie aus der Atomhülle, also die Energie aus den bösen Fossilien). Glauben Sie übrigens bloß nicht, die Zeiten solch tiefer Wintertemperaturen seien durch zu viel CO₂ in der Luft längst vorbei! Ist wie mit Überschwemmungen und Dürren, **alles kommt wieder**.

Wir werden also wieder die schönen DDR-Zeiten von Strommangelwirtschaft kennen lernen, wenn draußen Windmühlen zugefroren und die Photovoltaikplatten vor lauter Eisbedeckung blind geworden sind. Man rückt dann enger zusammen, ganz wörtlich. Hat doch auch was für sich. Mit der Fortbewegung über längere Strecken wird es leider nichts, denn tiefe Temperaturen bekommen der Batterie ihres E-Auto schlecht, und außerdem wird bei Stromsperrern der ohnehin schon zu lange Ladevorgang noch länger. Überall ist Geduld gefragt und wird zur neuen Tugend.

Also bitte nicht jammern! Sie haben es so gewollt und die Partei der Energiewende-SPK mit ihrer führenden Dame im neuen bundesrepublikanischen Kommunismus selber gewählt. Viel Alternativen gab es zugegebenermaßen ja nicht. Daher freuen Sie sich besser aus ganzem Herzen!

Anmerkung des Autors: viele der hier geschilderten wirtschaftlichen und gesetzlichen Details der neuen Energiewende-SPK verdanke ich der Mitteilung eines fachkundigen Bekannten, der nicht namentlich genannt werden möchte. Ihm danke ich an dieser Stelle ganz herzlich.

Nehmen Überschwemmungen zu? Was sagt die Klimawissenschaft?

geschrieben von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke | 31. August 2021

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke

Der Helmholtz-Verbund „Regionale Klimaänderungen und Mensch“ gibt in seinen News 2021 die Broschüre *„July heavy rains and floods in western part of Germany: Evolution of a tragedy!“* heraus (hier). In ihr – im Folgenden als HV abgekürzt – wird gesagt:

„Overall, the climate community agrees on one thing: due to climate change the frequency of suchlike extreme events (including floods, droughts, heat waves, cold spells, etc.) will increase in the future, thus we need to change our management and adaptation measures accordingly, besides a generally increased effort on climate protection.“

Es handelt sich also in der HV nur um eine **Zukunftsaussage**. Dabei werden die vergangenen Hochwasserereignisse July 1997 – Oder, May 1999 – Donau, 2002 – Elbe und Donau, 2005 – und Donau 2013 als Belege aufgeführt. Außerdem erfolgt eine längere und korrekte Schilderung der meteorologischen Gründe für die Überschwemmungsereignisse. Die verwendeten Sachargumente werden mit folgender Frage und Schlussfolgerung abgeschlossen:

„Are events like this going to happen more in the future? Is the magnitude of such event going to increase even more? The answer is rather straightforward: Yes!“

Bevor jetzt Fakten und fachliche Kritik an der HV an die Reihe kommen, sei angemerkt, dass als Fachliteraturquelle von der HV nur die einzige Peer-Reviewed-Studie *„L. Alfieri et al., 2016, Global projections of river flood risk in a warmer world, AGU Publications“* bemüht wird (hier). Diese 6 Jahre alte AGU Publikation stützt sich auf Klimamodelle – zu Klimamodellen weiter unten mehr. Danach wird nur noch der um 2 Jahre jüngere *IPCC Summary for Policymakers* von 2018 als Beleg genannt. IPCC-Berichte sind freilich **nicht** Peer reviewed, schon gar nicht ihre Zusammenfassungen für Politiker! Letztere werden nämlich von den betreffenden Regierungen mitgeschrieben und widersprechen nicht selten den IPCC-Sachstandsberichten, weil unerwünschte entlastende Aussagen der IPCC-Sachstandsberichte in ihnen gerne weggelassen werden. Dies erklärt die Diskrepanzen.

Zwischenfazit zu den Quellenangaben:

Unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten weisen die Belege der HV nicht

die erforderliche Qualität und den erforderlichen Umfang auf, um sich damit an die Öffentlichkeit zu wenden. Das wissen vermutlich auch ihre Autoren als fachlich ausgewiesene renommierte Klimawissenschaftler die es aber vermutlich nicht ändern können. Als AWI-Angestellte sind sie weisungsgebunden und im Gegensatz zu beamteten Hochschulprofessoren kündbar. Man muss nicht daran erinnern, dass das AWI wie alle Forschungsinstitutionen auf das Wohlwollen der herrschenden Politik angewiesen ist. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des AWI machen dennoch sehr gute wissenschaftliche Arbeit, das darf hier, bei aller Kritik an der HV, nicht vergessen und soll ausdrücklich betont werden.

Widerspruch („agrees“) zu den Behauptungen der HV über einen Konsens

Die HV schreibt wie bereits oben zitiert (Hervorhebung fett von EIKE)

*„Overall, the climate community **agrees** on one thing: due to climate change the frequency of suchlike extreme events (including floods, droughts, heat waves, cold spells, etc.) will increase in the future“*

Das ist falsch. Diesen Konsens gibt es nicht. Und es gibt auch keinen wissenschaftlich einigermaßen wasserdichten Nachweis über die zukünftige Zunahme der oben genannten Extremereignisse. Eher ist das Gegenteil der Fall wie wir gleich sehen werden. Es gibt außerdem inzwischen eine sehr umfangreiche und ihrer Fülle wegen sogar inzwischen schwer überschaubare Klimafachliteratur, welche die **natürliche** Klimavariabilität sowie **natürliche Klimazyklen** und nicht die erwärmende Wirkung des anthropogenen CO₂ erforschen. Von Zukunftsprognosen ist dort keine Rede, man bemüht sich vielmehr, den natürlichen Antrieben von Klima-Änderungen auf die Spur zu kommen.

Dem darauffolgenden Satz in der HV

„thus we need to change our management and adaptation measures accordingly“

ist uneingeschränkt zuzustimmen. Nicht aber dem darauf anschließenden letzten Satzteil

„besides a generally increased effort on climate protection“

Der ist leider platter Unsinn, denn Klima als statistisches Mittel von Wetter kann man nicht schützen. Welches Klima soll zuerst geschützt werden, das tropische, das gemäßigte oder das polare? Obwohl die HV natürlich CO₂-Vermeidung meint, haben seriöse wissenschaftliche Organisationen wohl doch die Pflicht, sich korrekt auszudrücken und nicht sachlich sinnlose Propagandaschlagworte wie „Klimaschutz“ zu verwenden.

Hochwasserdokumentation von Vergangenheit bis heute

Es existieren zahlreiche historische Fluss-Pegelwände, welche die gemessenen Hochwassermarken früherer Zeiten, meist in Stein eingraviert, dokumentieren (hier). Auch der Autor dieser Zeilen kann dazu das folgende, von ihm abgelichtete historische Hochwasserbild beitragen



Bild 1: Alte Brücke in Heidelberg mit Hochwassermarken am ersten südwestlichen Brückenpfeiler. Die Pegelwerte sind in der Maßeinheit „badischer Fuß“ eingraviert (aus dem Buch des Autors „Energie und Klima, expert Verlag, 2020).

Die Heidelberger Pegelmarken zeigen, dass die stärksten Überschwemmungen weit über hundert Jahre zurückliegen. Damals gab es noch keine nennenswerten menschgemachten CO₂-Emissionen. Die stärksten Überschwemmungen gab es in den Jahren 1784 und 1824, nicht in jüngerer Zeit. Die Überschwemmungsjahre, nach Maximalhöhen geordnet, sind 1784, 1824, 1789, 1817, 1947, 1882, 1845, 1993, 1780, 1956, 1970. Zwischen dem absoluten Höchstpegel im Jahre 1784 und dem ersten Höchstpegel aus jüngerer Zeit im Jahr 1947, liegen stolze 3,5 Meter. Schlussendlich ist zu bedenken, dass damals die Flüsse noch nicht so verbaut wie heute

waren und Überflutungen sogar mehr Ausweichmöglichkeiten hatten.

Zumindest an den großen europäischen Flüssen waren also die Überschwemmungen der jüngsten Jahrzehnte wesentlich schwächer, als die in der davor liegenden weiteren Vergangenheit. Dies ist erstes Indiz dafür, dass die jüngste Klima-Erwärmung nicht zwingend der Grund für die jüngsten Überschwemmungen ist. Auffällig fanden aber die stärksten Überschwemmungen sämtlich in der sog. kleinen Eiszeit statt, die sich von Mitte des 15-ten bis zur Mitte des 19-ten Jahrhunderts hinzog. Eine Widerlegung der in der HV vorgetragenen These ist damit aber noch nicht erbracht.

Die kürzere Vergangenheit ab 1950 bis heute: Der IPCC Sachstandsbericht AR5

In allen Medienberichten wird völlig unzulänglich mit dem Begriff Klima im Gegensatz zu Wetter umgegangen. Klima ist das lokale mindestens 30-jährige statistische Mittel von Wetter, so definiert es die Weltmeteorologieorganisation. Daher stellt sich jetzt die Frage: Gibt es **Klima-Messungen**, die ein Ansteigen an Zahl und Stärke von Extremwetterereignissen ab 1950 belegen. Die Antwort ist eindeutig „Nein“.

Das erscheint erstaunlich, denn die jüngste Klimaerwärmung lässt einen Verstärkungstrend für heftige Wetterereignisse erwarten, wenn man davon ausgeht, dass chemische Reaktionen bei höherer Temperatur schneller ablaufen. Diese Sicht ist aber falsch. Unwetter und Stürme hängen nicht von absoluten Temperaturen, sondern von Temperaturdifferenzen ab. Nur wenn sich die Temperaturdifferenz zwischen Polar- und Äquatorial-Gegenden erhöht, muss mit heftigeren Extremwetterereignissen gerechnet werden. Betrachtet man nun die jüngste Klimaänderung, wird sichtbar, dass Temperaturerhöhungen im polnahen Norden wesentlich größer als die am Äquator waren. Dies bedeutet verringerte Temperaturdifferenzen zwischen Pol und Äquator und somit Abnahme, nicht Zunahme von Extremwetterheftigkeiten und -häufigkeiten auf der Nordhalbkugel. Dies entspricht, im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung, auch den Messungen, die durch das IPCC in seinem Sachstandsbericht AR5 2013 dokumentiert sind. Im Folgenden direkt aus dem AR5, Kapitel 2.6, des IPCC Sachstandsbericht wörtlich zitiert:

Tropische Zyklone, AR5, WG1, Kapitel 2.6, S. 216:

„Current datasets indicate no significant observed trends in global tropical cyclone frequency over the past century and it remains uncertain whether any reported long-term increases in tropical cyclone frequency are robust, after accounting for past changes in observing capabilities“.

Dürren, AR5, WG1, Technical Summary, S. 50:

„There is low confidence in a global-scale observed trend in drought or dryness (lack of rainfall), owing to lack of direct observations, dependencies of inferred trends on the index choice and geographical inconsistencies in the trends”

Zusammenfassung, AR5, WG1, Kapitel 2.6, S. 215:

„In summary, the current assessment concludes that there is not enough evidence at present to suggest more than low confidence in a global scale observed trend in drought or dryness (lack of rainfall) since the middle of the 20th century, owing to lack of direct observations, geographical inconsistencies in the trends, and dependencies of inferred trends on the index choice. Based on updated studies, AR4 conclusions regarding global increasing trends in drought since the 1970s were probably overstated. However, it is likely that the frequency and intensity of drought has increased in the Mediterranean and West Africa and decreased in central North America and north-west Australia since 1950.”

Überflutungen, AR5, WG1, Technical Summary, S. 112:

„There continues to be a lack of evidence and thus low confidence regarding the sign of trend in the magnitude and/or frequency of floods on a global scale over the instrumental record.”

Hagel und Gewitter, AR5, WG1, Kapitel 2.6, S. 216:

„In summary, there is low confidence in observed trends in small-scale severe weather phenomena such as hail and thunderstorms because of historical data inhomogeneities and inadequacies in monitoring systems.”

Und schließlich fasst das IPCC in AR5, WG1, Kapitel 2.6, S. 219 zusammen:

„There is limited evidence of changes in extremes associated with other climate variables since the mid-20th century.”

Da insbesondere in den USA Tornados als Extremwetterereignisse gefürchtet sind, weil sie als gefährlichen Nebeneffekt auch immer wieder zu Überflutungen führen, lassen wir die National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) zu Wort kommen. Sie hat die historischen Trends von Tornados in den USA ab 1954 mit entsprechenden Grafiken publiziert und keine statistisch signifikanten Zunahmen gefunden, weder an Häufigkeit noch an Stärke. Schaut man auf die Südhemisphäre, sieht es ähnlich aus, hier nehmen die Zyklone an den australischen Küsten sogar auffallend ab, wie Bild 2 zeigt.

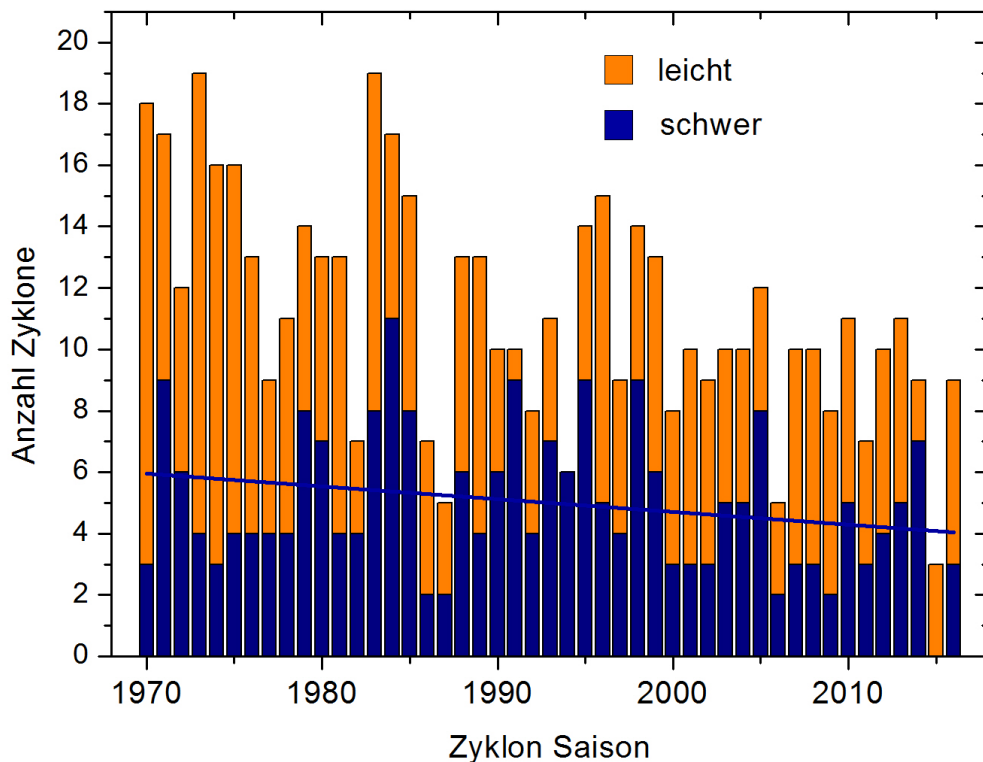


Bild 2: Anzahl von Zyklonen um die australischen Küsten zwischen 1969 bis 2016. Die abnehmenden Trendline für schwere Zyklone ist eine lineare Regression der Daten, wobei die Grafik vom Buchautor aus den numerischen Daten der staatlichen australischen Wetterbehörde (hier) erstellt wurde (Bild aus dem Buch des Autors „Energie und Klima, expert-Verlag 2020).

Die starken kurzfristigen Schwankungen im Bereich weniger Jahre in Bild 2 verdeutlichen, was von den in den Medien regelmäßig auftauchenden „Nachweisen“ von Extremwetterzunahmen zu halten ist. Es sind Wetterereignisse, denn die Zeiträume für klimarelevante Aussagen sind stets zu kurz. Eine global zunehmende Heftigkeit oder Häufung von Extremwetterereignissen wie Stürme, Tornados, Zyklone, Dürren und Überschwemmungen im 20. und 21. Jahrhundert ist ein Mythos.

Zwischenfazit Extremwetterzunahmen

Es sind keine maßgebenden Nachweise für vermehrte Extremwetter (Stärke oder Häufigkeit) über die letzten 70 Jahre vorhanden. Dabei haben **Extremwetterschäden** weltweit sehr wohl zugenommen. Die Gründe sind zunehmende Bevölkerungsdichte, zunehmendes Siedeln in Überschwemmungsgebieten und höhere Schadenswerte. All diese Gründe werden nicht gerne kommuniziert von den großen Versicherungsgesellschaften Sie ziehen es vor, den „Klimawandel“ dafür in Haftung zu nehmen.

Klimamodelle und ihre Zukunftsprognosen

Trotz der vorbeschriebenen Entwarnungen ist es natürlich nicht auszuschließen, dass Klimamodelle die Überschwemmungszukunft richtig vorhersagen. Bekanntlich gilt aber „*Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen*“ (Autor dieses lustig-tiefsinnigen Zitats unbekannt). Insbesondere Klimamodelle machen da leider keine Ausnahme. Zu Klimamodellen im Folgenden das Wichtigste:

Die heutige Klimamodellbildung geht immer noch davon aus, dass Klimaveränderungen erst mit der Industrialisierung 1850 beginnen, obwohl längst die sehr viel stärkeren Klimaveränderungen davor nicht nur der Wissenschaft sondern auch in Naturkunde Gebildeten bekannt sind. Man braucht nur an die letzte Eiszeit zu erinnern, deren Ende gerade einmal 12 000 Jahre zurückliegt. Auch die modernsten Klimamodelle können keine Aussagen zur Klimaentwicklung vor der Industrialisierung um **1850** machen. Es wird nicht einmal versucht. Die Ursachen der starken Klimaveränderungen dieser Vergangenheit, wie beispielsweise dokumentiert im folgenden Bild 3, bleiben infolgedessen noch weitgehend im Dunkeln, von wenigen Ausnahmen abgesehen.

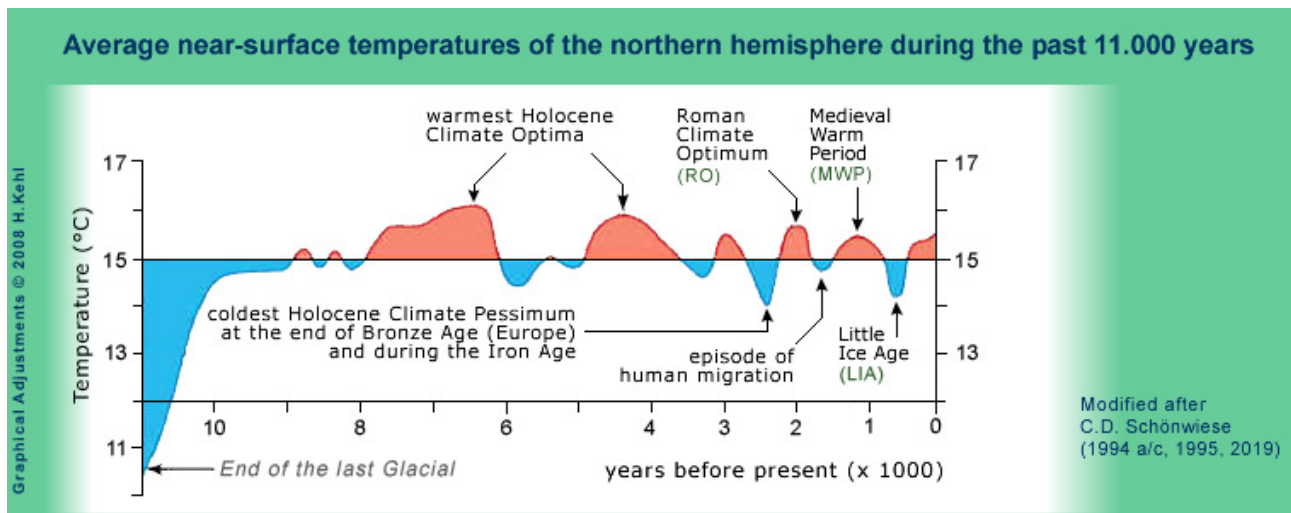


Bild 3: Nordhemisphärische Mitteltemperaturen der letzten 11.000 Jahre. Die Temperaturen zu Zeiten des mittelalterlichen Klimaoptimums (MWP) entsprachen denen von heute, das römische Optimum (RO) war etwas wärmer, die beiden Optima im Holozän (4500 und 7000 Jahre vor heute) waren sogar wesentlich wärmer. Die Temperaturermittlung erfolgte vorwiegend aus Eisbohrkern-Analysen.

Bis jetzt sind die Gründe für die stärksten Überflutungen vor 1850 allenfalls lückenhaft geklärt. Wie soll man dann aber Vertrauen in Zukunftsprognosen von Klimamodellen haben, welche nicht einmal die natürliche Klimavariabilität ausreichend wiedergeben können? Leider sind

bis heute kaum ernsthafte Bemühungen der Klima-Modellierer zu erkennen, diesen Mangel zu beheben. Eine der renommiertesten Klimaforscher, hier die Professorin Judith Curry, bietet auf ihrem Blog einen umfangreichen Überblick über die Schwächen von Klimamodellen an (hier). Eine Studie von David C. Rode und Paul S. Fishbeck, beide Professoren der Carnegie Mellon Universität (USA) haben 2021 eine begutachtete Studie veröffentlicht, welche die in aller Regel falschen Klimaprognosen zum Gegenstand hat (hier). Weitere begutachtete Fachliteratur über den Mangel von Klimamodellen geben ebenfalls Auskunft über die Schwächen von Klimamodellen [1], [2], [3]. Angesichts dieser Skepsis der Fachwelt über Klimamodelle, ist das behauptete „agree“ in der HV nicht nachvollziehbar.

Wo liegt der Fehler in den heutigen Klimamodellen? Stark vereinfacht gezeichnet, ist ihr Haupttreiber immer noch das klimawirksame CO₂. Und weil CO₂ infolge anthropogener CO₂-Emissionen ansteigt, ist es nicht verwunderlich, dass auch alle aus diesem Anstieg weiter sich ergebenden Anstiege von Temperaturen bis hin zu Überschwemmungen die Modellergebnisse dominieren. Wissenschaftlich seriös können Klimamodelle erst dann werden, wenn sie sich ernsthaft um die Einbeziehung der natürlichen Klimavariabilität und der inzwischen besser bekannten Klimazyklen bemühen. Solche Bemühungen sind aber nicht in Sicht, und man darf prophezeien, dass im kommenden AR6 wieder unzuverlässigen Klimamodellen hohe Aussagekraft zugesprochen wird.

Wir werden lange warten müssen, bis sich die Klimawissenschaft vom Druck des politischen Einflusses lösen wird. Vielleicht erfolgt dies aber auch niemals, denn welche Politik kann auf die beste aller Besteuerungen, nämlich die Besteuerung der Luft, freiwillig verzichten?

Zusammenfassung der Kritik an der HV

1. Die Klimavergangenheit zeigt weit stärkere Überschwemmungen als die jüngere Zeit der letzten Jahrzehnte.
2. Die Aussagen der HV beziehen sich ausschließlich auf die Zukunft und basieren ausschließlich auf Klimamodellen. Klimamodelle können aber nicht einmal die Klimavergangenheit vor 1850 wiedergeben, sind daher mit höchster Wahrscheinlichkeit falsch und für Zukunftsprognosen ungeeignet.
3. Die HV stützt sich auf unzureichende Fachliteraturangaben.

Quellenangaben

[1] J. Marotzke, Quantifying the irreducible uncertainty in near-term climate projections, 2019, WIREs Climate Change published by Wiley Periodicals, Inc.

[2] N. Scafetta, Problems in Modeling and Forecasting Climate Change: CMIP5 General Circulation Models versus a Semi-Empirical Model..., 2016, International Journal of Heat and Technology, 34, Special Issue 2.

[3] E. Rosenblum and I. Eisenman, Sea Ice Trends in Climate Models Only Accurate in Runs with Biased Global Warming, 2017, American Meteorological Society, DOI: 10.1175/JCLI-D-16-0455.1.